

Die Wähler wissen, was sie wollen – aber sie wissen nicht, wen sie wollen

von Jörg Schönenborn

»74 Prozent der Wahlberechtigten sagen: »Früher konnte ich mich immer für eine Partei entscheiden. Aber im Moment fällt mir die Entscheidung schwer.««

Es ist nicht schwer, die Grundstimmung in Deutschland zu beschreiben. Nichts drückt die Stimmung so sehr wie die Sorge um das eigene Portemonnaie. Und dies ist über alle Ereignisse hinweg eine Konstante der letzten zwei Jahre, jener Phase also, in der – beginnend im Sommer 2006 – die Arbeitslosenzahlen genauso kontinuierlich sanken, wie die Wirtschaftsleistung stieg. Trotz der objektiv guten volkswirtschaftlichen Daten war die Hauptwahrnehmung in dieser Zeit stets, dass Löhne und Gehälter nicht in dem Maß steigen, das nötig wäre, den eigenen Lebensstandard zu halten und für die Zukunft zu sichern.

Pessimismus beruht auf Ungerechtigkeit

Die beiden großen wirtschaftlichen Megathemen dieses Jahres, Preissteigerungen auf breiter Front im Frühjahr und Sommer sowie der Zusammenbruch von Banken und Börsen haben diese Stimmung nur verstärkt und verfestigt. Schon Anfang Juni bei damals noch guten Konjunkturaussichten waren 43 Prozent der befragten Deutschen¹ davon überzeugt, dass es ihnen in zehn Jahren wirtschaftlich schlechter gehen werde. Weitere 36 rechneten mit gleich bleibenden Verhältnissen und ganze 18 Prozent glaubten an die Verbesserung ihrer per-

sönlichen wirtschaftlichen Situation. Diese letzte Gruppe, die der Optimisten, umfasste in großer Zahl junge Leute bis 34, oft in Ausbildung oder Studium, die natürlich damit rechnen dürfen, dass sie nach dem noch bevorstehenden Einstieg ins Berufsleben finanziell besser dastehen als heute. In der Gruppe, die die gesellschaftliche Stimmung prägt, bei den Berufstätigen und Familien mittleren Alters, überwogen schon damals die Pessimisten – und dies war lange vor den ersten Anzeichen einbrechender Aktienkurse oder wertloser Bankzertifikate. Selbst bei einer Befragung zur Landtagswahl im florierenden Bayern, dem Bundesland mit der zu diesem Zeitpunkt niedrigsten Arbeitslosigkeit, gaben 78 Prozent an, nach eigener Einschätzung hätten sie bisher persönlich keinen Anteil am Wirtschaftswachstum².

Dieser Pessimismus paart sich mit dem Gefühl sozialer Ungerechtigkeit, das sich immer dann verstärkt, wenn in Zeiten des Aufschwungs für wenige die Gewinne, Boni und Ausschüttungen ins Unvorstellbare steigen, die eigenen Einkünfte hingegen, ganz egal ob Tarifgehalt oder Hartz IV, ziemlich linear verlaufen. Selbst im Musterland Bayern hielten zum genannten Zeitpunkt vor der Wahl 60 Prozent die Verhältnisse im Land »alles in allem eher für ungerecht«.

»Die Bindekraft der Volksparteien hat inzwischen so weit nachgelassen, dass sich für die Hälfte der Wähler zuallererst gar nicht mehr die Frage stellt, welche Partei sie wählen sollen, sondern ob es für sie überhaupt eine wählbare Alternative gibt.«

Erstaunlich ist, wie groß die Scheuklappen sind, mit denen nicht nur die politischen Eliten an dieser Stimmungslage vorbeisehen – oder versuchen, ihr mit symbolischen Rentenerhöhungen entgegenzuwirken, die bei einer Größenordnung von 13 Euro für den Eckrentner (so wie in diesem Sommer beschlossen und umgesetzt) von den Betroffenen natürlich als Teil des Problems und nicht der Lösung gesehen werden. Ein einziges Mal waren wir nach meiner Wahrnehmung nah dran an einer breiteren Debatte. Das war vor zwei Jahren im Oktober 2006, als die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre später so genannte »Prekariats«-Studie veröffentlichte. Kurt Beck hat mit seiner Deutung damals den wunden Punkt getroffen: »Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie finden sich mit ihrer Situation ab. Sie haben sich materiell oft arrangiert und ebenso kulturell.«³ Das Missverständnis bestand allerdings darin, dass Beck über die Unterschicht sprach, die nach der Studie weniger als zehn Prozent der Gesellschaft umfasst. In Wirklichkeit gilt seine Erkenntnis aber für eine immer breitere gesellschaftliche Gruppe, vielleicht sogar eine Mehrheit.

Es macht wenig Sinn, Wahlergebnisse oder parteipolitische Umfragen zu analysieren, ohne sich dieser Grundstimmung bewusst zu sein. Sie ist in den unterschiedlichsten Ausprägungen die Folie, vor der sich die Entscheidungsprozesse der Wähler abspielen. Jede Deutung scheinbarer Wahlerfolge bleibt irreführend, so lange diese letztlich alles entscheidende Motivationslage außer Acht bleibt.

Empfindungen als politische Botschaft deuten

Selbst politisch interessierte und bestens informierte Bürgerinnen und Bürger haben nämlich längst einen Weg gefunden, aus ihrem Empfinden eine politische Botschaft abzuleiten: durch wohlüberlegte Nichtteilnahme an der Wahl. Auch wenn verlässliche Zahlen hierzu schwer zu gewinnen sind, deuten doch alle Anzeichen darauf hin, dass der stetig wachsende Anteil der Nichtwähler wenig mit Desinteresse an der Politik zu tun hat. Bei der schon erwähnten (als Studie nicht veröffentlichten) Vorwählerhebung der ARD zur bayerischen Landtagswahl gab es 200 Befragte, die zwar an der Umfrage teilnahmen, aber die feste Absicht hatten, nicht zur Wahl zu gehen. Obwohl diese Gruppe ganz sicher nicht repräsentativ für alle Nichtwähler steht, geben die von ihnen genannten Motive doch wichtige Aufschlüsse: Nur 18 Prozent stimmten dem vorgegebenen Statement zu »Die Politik interessiert mich nicht.« Hingegen sagten 74 Prozent, »Früher konnte ich mich immer für eine Partei entscheiden. Aber im Moment fällt mir die Entscheidung schwer.«

Und wiederum der Freistaat Bayern liefert ein Paradebeispiel dafür, wie Wahlergebnisse grandios fehlinterpretiert werden, wenn die Entwicklung der Wahlbeteiligung und damit das Votum der Nichtwähler außer acht bleibt. Im September 2003 erzielt die CSU mit ihrem damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber 60,7 Prozent der Stimmen und eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag. Zu den gängigen Deutungen gehört die Ansicht, die bayerischen Wählerinnen

und Wähler hätten quasi ein nachträgliches Votum für den Kanzlerkandidaten Stoiber abgegeben, der im Jahr zuvor bei der Bundestagswahl nur knapp gescheitert war. Schon der genauere Blick auf die Wahlergebnisse der Jahre 1998 und 2003 bringt dieses Gedankengebäude zum Einsturz. Der gefeierte Ministerpräsident hatte de facto Wählerstimmen verloren. Sein Zweitstimmenergebnis sank von 3,28 Mio. in 1998 auf 3,17 Mio. in 2003. Dass er trotzdem seinen Stimmen-Anteil um fast acht Punkte erhöhen und sogar die Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze erobern konnte, verdankt er allein dem oben beschriebenen Phänomen: Fast 400.000 ehemalige SPD-Wähler blieben zuhause, ebenso 60.000 Grünen-Wähler. Der scheinbare Wahlerfolg des Edmund Stoiber war in Wirklichkeit Folge der Enttäuschung rot-grüner Wähler über die Konzeptlosigkeit, mit der die damalige Bundesregierung in die zweite Legislaturperiode gezogen war.

Die Erosion der Wahlbereitschaft beginnt auf breiter Front aber erst etwas später, im Sommer 2005. Im Mai hatte Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt. Und zum vorläufig letzten Mal gab es einen deutlichen Anstieg der Beteiligung gegenüber der Vorwahl im gleichen Wahlgebiet⁴. Am Abend der Wahl verkündete der damalige (und heutige) SPD-Vorsitzende Franz Müntefering bei einer Pressekonferenz in Berlin seine und des Kanzlers Absicht, den Bundestag auflösen und vorzeitige Neuwahlen beschließen zu lassen. Mit 77,7 Prozent war die Beteiligung an der Bundestagswahl so niedrig wie nie zuvor. Vor allem aber gab es in der Folge neun Landtagswahlen⁵ mit dem gleichen Resultat, nämlich dass im jeweiligen Bundesland weniger Menschen zur Wahl gingen als jemals zuvor. Den absoluten Tiefpunkt markierte Sachsen-Anhalt 2006 mit 44,4 Prozent. Dass weniger als die Hälfte der Berechtigten ihre Wahlchance nutzten, gab es bis dahin ausschließlich bei Europa- und Kommunalwahlen.

Das Zünglein an der Wahlwaage: Sinkende Wahlbeteiligung

Sinkende Wahlbeteiligung hat ganz automatisch eine andere Entwicklung zur Folge, die für unsere politische Situation kennzeichnend ist: die Destabilisierung des Machtgefüges durch zusätzliche Gruppen und Fraktionen in den Parlamenten. Für kleine Parteien sinkt die Hürde deutlich. Sowohl der Einzug der Linken in die westdeutschen Landesparlamente als auch der rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland wurde durch niedrige Wahlbeteiligungen begünstigt. Die extremsten Folgen für die Struktur des Parlaments hatte das bei der Wahl in Sachsen 2004. Hier kehrte ein Phänomen zurück, das wir seit den fünfziger Jahren in Deutschland nicht mehr hatten: das Sechs-Fraktionen-Parlament und damit die weitere Zersplitterung der legislativen Gewalt.

Im Grunde beschreiben die Ergebnisse dieser Serie von Landtagswahlen seit 2005 genau die Entwicklung, mit der sich die Parteien im Blick auf das Superwahljahr 2009 auseinandersetzen müssen. Die Bindekraft der Volksparteien hat inzwischen so weit nachgelassen, dass sich etwa für die Hälfte der Wähler zu allererst gar nicht mehr die Frage stellt, welche Partei sie wählen sollen, sondern ob es für sie überhaupt eine wählbare Alternative gibt. Immer mehr Menschen suchen diese Alternative vergeblich, und in der Folge reichen den kleinen Parteien relativ geringe Stimmenzahlen aus, um in die Parlamente einzuziehen. Je häufiger sie das schaffen, desto seltener finden die klassischen Zweier-Bündnisse noch eine Mandatsmehrheit.

Die Entwicklungen haben ein Stadium erreicht, in dem sich das gelernte Parteien- und Machtgefüge verändert. Und die Wahlforscher haben sie lange genug beobachten können, um sie präzise zu beschreiben. Erstaunlich ist hingegen, wie wenig die Parteien bisher in der Lage waren, sich auf die veränderte Akzeptanz einzustellen und sich und ihre Kommunikationsmuster

anzupassen. Wir haben es mit einer politischen Marktstörung zu tun – die auf dem Parteienmarkt vorhandenen Politikangebote werden weniger nachgefragt als früher. Die Ursachen liegen wie beschrieben weniger in gesunkener Nachfrage als im unzeitgemäßen Angebot. Oder anders formuliert: es gibt genügend politikhungrige Wählerinnen und Wähler, deren Vorstellungen und Erwartungen vielleicht ein bisschen nostalgisch sein mögen, aber unrealistisch sind sie nicht. In ihrer großen Mehrheit suchen sie soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Sicherheit. Nur gelingt es den großen »Politikaniern«, den Volksparteien also, nicht mehr, genau dies in überzeugender Verpackung und Gewichtung anzubieten. Einen Teil des Marktes besetzen deshalb die Newcomer der achtziger und neunziger Jahre, Grüne und PDS/Linke – aber eben nur den kleineren Teil. Der größere Teil der enttäuschten Politikerschaft bleibt am Wahltag unbefriedigt zuhause.

Verlierer aktueller Entwicklungen ist die Union

Zu den größten Missverständnissen bei der Deutung dieser Entwicklung gehören die Annahmen, die SPD sei im Wesentlichen die hauptbetroffene Partei und die Linke in direktem Zustrom die Nutznießerin. Die Fakten liegen indes anders. Bei den zehn Landtagswahlen seit 2005 hat eine einzige Parteiengruppierung ausschließlich prozentuale Verluste gegenüber der Vorwahl hinnehmen müssen: die Union. Die simple Addition der Gewinne und Verluste über diese zehn Wahlen hinweg ergibt für die Union einen Saldo von -53,0 Prozentpunkten, für die SPD -13,4. Gewonnen haben die Linke mit +30,0,

die Grünen mit +10,0 und die FDP mit +9,3 sowie diverse andere nicht in allen Ländern vertretene kleinere Parteien. Das Muster ist klar: die drei Partner der großen Koalition werden für ihre Regierungsarbeit bestraft, die Oppositionsparteien profitieren. Dass die Union einen so viel höheren Preis für die Berliner Regierungsarbeit zahlt, überrascht nur auf den ersten Blick. Die SPD hat ihren Aderlass einfach früher erlebt und war nach sieben Jahren Schröder in vielen Bundesländern schon 2005 ausgezehrt. Trotzdem erstaunt es, wie wenig die prekäre Lage der Union in der öffentlichen Debatte wahrgenommen wird. Hinter den addierten Verlusten verbergen sich 85 Mandate in Landtagen und Bürgerschaften, das sind 85 enttäuschte Parlamentarier/innen⁶, deren Misserfolg ausstrahlt auf Anhänger und Mitstreiter in Bezirken und Kreisverbänden der Partei. Wenn man es positiv wenden will, erkennt man daran auch, wie unendlich wertvoll eine strahlende Führungsfigur wie Angela Merkel für eine Partei sein kann.

Wählerstromanalysen zeigen den Wechsel von der Union in das Lager der Nichtwähler

Das andere Missverständnis, der vermutete stetige Wählerstrom von der SPD zur Linken, ist ebenfalls nicht durch Zahlen gedeckt. Wenn man die Wählerstromanalysen der vier Landtagswahlen in diesem Jahr genauer betrachtet⁷, gibt es nur eine Bewegung, die jedes Mal zu den beiden größten Hauptströmen gehört: der Wechsel von CDU/CSU-Wählern ins Lager der Nichtwähler. In Niedersachsen mit 262.000 und Hamburg mit 38.000 Wählern war dies jeweils die größte messbare Entwicklung. In Hessen verließen 90.000

»Die Volksparteien verlieren Wählerinnen und Wähler, die von anderen Parteien nicht überzeugt werden können.«

Wähler die CDU in Richtung FDP, 75.000 gingen nicht zur Wahl. Und in Bayern, wo die CSU regelrechte Fluchtbewegungen der Wähler in alle Richtungen auslöste, wechselten 190.000 zu den Freien Wählern, 180.000 zur FDP und – trotz der schon 2003 extrem niedrigen Beteiligung – noch einmal weitere 130.000 zu den Nichtwählern. Der zweitwichtigste Hauptstrom bei diesen Wahlen führt von der SPD zu den Nichtwählern.

Ein ähnliches Bild mit anderer Gewichtung ergibt die bundesweite Betrachtung. Infratest dimap hat für die ARD eine fiktive Wählerwanderung erstellt, die nachzeichnet, wie sich das Wahlverhalten von der Bundestagswahl 2005 zu den Telefonumfragen des Sommers 2008 verschoben hat. Bei aller Unschärfe, die sich auf den unterschiedlichen Basisdaten (hier Wahlergebnisse, dort Umfragen) ergibt, ist eine grobe Betrachtung der Ergebnisse allerdings hinreichend gestützt: Rund 3,3 Mio. SPD-Wähler aus 2005 geben an, zur Zeit nicht wählen zu wollen oder unentschlossen zu sein. 1,75 Mio. Unions-Wähler geben das gleiche an. Der Strom von der SPD zur Linken ist mit 1,15 Mio. zwar auch erheblich, rangiert aber erst an Nummer drei. Auch wenn wir von früheren Wahlen das Muster kennen, dass die SPD zum Wahltag hin viele Unentschlossene zurückgewinnt und so mindestens 2002 und 2005 deutlich besser abschnitt als in den Umfragen der vorangegangenen Monate, so ist doch die Hauptbewegung klar: Die Volksparteien verlieren Wählerinnen und Wähler, die von anderen Parteien nicht überzeugt werden können.

Am spannendsten ist deshalb die Wählergruppe, die der Union den Rücken kehrt. Sie ist überdurchschnittlich groß

in Ostdeutschland und besteht tendenziell eher aus Menschen mit geringem Einkommen und formal geringerer Bildung. Damit setzt sich ein Muster fort, das schon bei der Wahl 2005 zu beobachten war: Vor allem die Schwachen in der Gesellschaft (oder diejenigen, die sich dafür halten) wenden sich von der Union ab und finden keine politische Alternative.

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ist damit die Ausgangssituation klar beschrieben. Setzen sich die Entwicklungslinien der letzten Jahre fort, dürfte sich innerhalb des Bundestags das Gewicht weiter von den großen zu den kleinen Parteien verschieben und damit auch künftig die Bildung einer Zwei-Parteien-Koalition mit ausreichender Mehrheit unwahrscheinlich machen – mit Ausnahme der großen Koalition. Während die kleinen Parteien auch unter veränderten Bedingungen ihre Stammwähler/innen binden können – bei Grünen und FDP aus inhaltlichen Gründen, bei der Linken aus Protest oder als ostdeutsche Regionalpartei – erfüllen Union und SPD nicht die Erwartungen, die sich aus der beschriebenen gesellschaftlichen Stimmungslage ergeben. Schlimmer noch: sie erwecken oft und gern den Eindruck, die Stimmung so gar nicht wahrzunehmen und verklären miserable Wahlergebnisse deshalb regelmäßig als Erfolg. Weder die Botschaft der Bundeskanzlerin aus dem Sommer, der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen, noch die unverhohlene Freude des SPD-Kanzlerkandidaten über das Debakel der CSU am Wahlabend sind geeignet, an dieser Situation etwas zu ändern. Am Anfang, so der Eindruck, müsste die Erkenntnis stehen, die ungeschminkte Anerkennung der Realität.



Jörg Schönenborn ist Chefredakteur Fernsehen beim WDR und ARD-Wahllexperte.

¹ ARD-Deutschlandtrend Juni 2008

² ARD-Vorwählerhebung Bayern, 22. bis 24. September 2008


³ FAS vom 16. Oktober 2006

⁴ Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen 2005 bei 63,0 Prozent; 2000 bei 56,7 Prozent.

⁵ Die zehnte Wahl war die LTW in Bayern am 28. September 2008. Zum ersten Mal seit 2005 gab es hier wieder einen Anstieg der Beteiligung von 57,1 auf 58,1 Prozent – allerdings auf niedrigem Niveau und in geringem Umfang.

⁶ Eingerechnet sind auch jene Mandate, die durch Verkleinerung der Parlamentskörper entfallen sind.

⁷ Sogenannte »Wählerwanderungen«, errechnet von Infratest dimap auf Grundlage der Wahltagsbefragungen für die ARD, angegeben sind jeweils die saldierten Werte für Zu- und Abstrom.

 Uns interessiert Ihre Meinung! Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de